## Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 30. März, vormittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Frhr. v. Marschall, Frhr. v. Berlepsch, Dr. v. Bötticher u. a.

Der Reichskommission wird für die Rechnungen der Kontrolle der Staatspapiere und der Staatsschuldentilgungskasse und der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds für die Rechnungen dieses und des Reichstagsgebäudefonds Entlastung ertheilt.

Der von den Abgg. **Möller** (Dortmund) und **Hitze** eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Gesetzes über die Einheitszeit wird in dritter Lesung angenommen, worauf das Haus die Berathung des Antrages Kanitz fortsetzt.

Abg. Graf **v. Galen** (Ctr., fast unverständlich): Gegenüber der Anfrequenz, die der Antrag in weite Kreise der ländlichen Bevölkerung hineingetragen hat, glaube ich richtig zu handeln, wenn ich ihn prinzipiell behandele. Das Centrum hat stets ein warmes Herz für die Landwirthschaft gehabt. Deren Nothlage ist nicht allein in dem ausländischen Wettbewerb begründet. Der Grund liegt viel tiefer. Zwei Weltanschauungen kämpfen mit einander, die soziale und christliche und die materialistische, das liberale Prinzip des laisser aller. Gestern hat der Reichskanzler den Antrag für unannehmbar erklärt, vorzugsweise wegen seiner Konsequenzen. Die Antragsteller bestreiten zwar, daß der Antrag einen sozialistischen Kern hat; sie wollen nachher Halt gebieten. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Trotzdem wir das Prinzip des Antrages ablehnen und es nie und nimmer annehmen können, sind wir doch, weil wir der Landwirthschaft nach Möglichkeit zu Hilfe kommen wollen, zu einer wohwollenden Prüfung des Antrages bereit, um zu untersuchen, ob er nicht in irgend einer Weise zu fruktifiziren ist. Deshalb beantragen wir die Verweisung des Antrages an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vgg.): Der Antrag muß vor allem auf seine agitatorische Zugkraft hin beurtheilt werden, diese werde durch eine Kommissionsberathung nur gestärkt werden. Der Antrag wird sicher immer wiederkommen: le roi me reverra. Wird der Antrag an eine Kommission verwiesen, so wird man argumentiren, obwohl der Staatsrath und die Regierung den Antrag zurückgewiesen haben, hat der Reichstag sich doch dem berechtigten Prinzip nicht entziehen können und hat ihn an eine Kommission verwiesen müssen. (Sehr richtig.) Die Antragsteller bestreiten, daß der Antrag zu einer Protwerthsteuerung führen würde; das ist doch aber der Zweck des Antrages. Entkleidet man den Antrag von allem Beiwerk und stellt man seine Tendenz nackt und bloß hin, so ergiebt sich doch klar, daß er bezweckt, Mindestpreise, und zwar sehr hohe, festzusetzen. Das Ziel erreicht man weit besser durch Auferlegung einer Kopfsteuer, deren Ertrag auf die einzelnen Landwirthe vertheilt wird. Zu welchen Konsequenzen muß das führen! Auch andere Berufsstände werden sich melden, und die Forderung der Festsetzung von Mindestlöhnen wird sich nicht abweisen lassen. Dabei hat der Reichskanzler gestern ganz richtig ausgeführt, daß 76 Proz. der landwirthschaftlichen Bevölkerung keinen Nutzen von der Erhöhung der Getreidepreise haben würden. Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Landwirthschaft. Sie verwechseln immer Landwirthschaft mit Landwirthen und diese mit Grundbesitzern. Der Präsident des Landwirthschaftlichen Centralvereins in Schlesien, Graf Pückler-Burghauß, hat es offen im Herrenhause ausgesprochen. Die Landwirthschaft leidet nicht, wenn Grund und Boden billig sind, nur die Landwirthe leiden. Die Hunderte von Millionen, die der Antrag aufbringen will, sollen nicht für die Landwirthschaft nutzbar gemacht werden, sondern nur für eine beschränkte Anzahl von Grundbesitzern. Ganz abgesehen von den Mitteln, die der Abg. Graf Kanitz ergreifen will, muß man das Prinzip, Mindestpreise festzusetzen, volkswirthschaftlich und sozialpolitisch, verwerfen, und dies ist für mich der Grund, weshalb ich den Antrag ablehne. (Beifall links.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Daraus, daß das Centrum den Antrag an eine Kommission verweisen will, schließe ich, daß die Partei des Grafen Galen doch nicht in ihrer Gesammtheit auf dessen ablehnendem Standpunkte steht. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Mit welchem Hohn wurde im vorigen Jahre der Antrag aufgenommen; jetzt behandelt man ihn sehr ernst. Der Abg. Dr. Barth sprach von einer Kopfsteuer, die der Armen der Bevölkerung auflegt. Wie kommt daran aber der Abg. Dr. Barth dazu, für Kanäle und Wasserstraßen zu stimmen, die doch auch nur bestimmten Interessentenkreisen zu Gute kommen (Zustimmung) und keine Rente garantiren. Auf diesem Prinzip beruht eben das ganze Staatswesen. Ganz irrig ist es, zu behaupten, daß der Antrag nicht der gesammten Landwirthschaft zu Gute komme. Woher entstünde denn sonst die Zustimmung aller kleinen Besitzer zu dem Antrage ohne wesentliche Agitation. Es ist ein ganz wesentliches Interesse des Staates, daß die jetzigen Grundbesitzer auf der Scholle erhalten werden, denn sie sind die Hauptstützen von Staat und Monarchie. Der Regierung erwidere ich, daß die Ausführung des Antrages zwar Schwierigkeiten bereiten wird, aber nicht unüberwindliche. Unsere Statistik ist eben eine unsichere und auf ihre Ziffern kann man keine Argumentationen bauen. Deutschland wird, wie wir meinen, nicht in der Lage sein, das Getreide, das es braucht, selbst zu produziren. Daß der Antrag einen sozialistischen Charakter habe, bestreite ich; aber etwas von einem sozialistischen Gedanken steckt doch im Staate überhaupt und ebenso könnte man alle Eingangszölle sozialistisch nennen. Der Staatssekretär des Aeußern will uns in Widerspruch setzen mit unseren Aeußerungen bei Berathung des österreichischen Handelsvertrages. Damals behaupteten wir, daß wir zu große Konzessionen zu unserem Nachtheil gemacht hätten. Nun, die Nachtheile sind uns doch sicher geblieben. Daß die Einleitung von Verhandlungen der Würde des deutschen Reiches nicht entsprechen sollte, kann ich nicht zugeben. Und was das Schwanken der deutschen Politik betrifft, so scheint mir unsere Politik seit fünf Jahren nicht stabil zu sein. (Beifall rechts.) Jedenfalls muß etwas geschehen, um der Ueberschwemmung mit fremdem Getreide entgegenzutreten. Der Antrag wird jetzt ernst genommen; darin hat sich die Haltung des Hauses gegen das vorige Jahr gemindert. Kommt nicht Hilfe für die Landwirthschaft im Sinne des Antrages Kanitz, so werden große Gefahren für Staat und Monarchie heraufbeschworen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall**: Ob sich in den Gesinnungen des Hauses dem Antrag Kanitz gegenüber ein Umschwung vollzogen hat, weiß ich nicht; von den verbündeten Regierungen kann ich versichern, daß wir von Anfang an den Antrag überaus ernst genommen haben, weil wir wußten, daß er in weiten Kreisen Hoffnungen erwecken würde, von denen es überaus zweifelhaft sein würde, ob sie erfüllbar sind. Daß namentlich ich den Antrag von jeher ernst genommen habe, beweist, daß ich bereits bei der Berathung des Handelsvertrages mit Rumänien darauf hingewiesen habe, daß sich allmälig der Gedanke entwickeln könnte, es wäre die Aufgabe des Staates, für das Getreide einen Minimalpreis festzusetzen. An dieser Stelle meiner Rede tieft die Bemerkung: Lebhafter Widerspruch rechts! Ich schränkte mich dahin ein, daß ich nicht annähme, es könne hier im Hause jemand diesen Gedanken fassen, wohl aber draußen im Lande. Wieder ist Lebhafter Widerspruch rechts verzeichnet. Es scheint mir also auf der rechten Seite dieses Hauses eine gewisse Wendung eingetreten zu sein. Meines Erachtens ist es unmöglich, wenn wir nicht die Würde und das Ansehen des Reiches schädigen wollen, Verhandlungen mit den Vertragsstaaten im Sinne des Antrags Kanitz einzuleiten. Unter schweren parlamentarischen Kämpfen nach langen Verhandlungen haben wir die Verträge abgeschlossen. Wenn wir nun an die Mächte das Verlangen stellen, tabula rasa zu machen, würden wir das Vertrauen in die Kontinuität und die Zuverlässigkeit unserer Politik erschüttern. Wir würden aber auch weite Kreise des Erwerbslebens tief beunruhigen (Beifalls links, Widerspruch rechts). Einen wesentlichen Vortheil aus den Handelsverträgen würden wir aufheben; ob wir aber Zufriedenheit in den landwirthschaftlichen Kreisen erwecken würden, ist zweifelhaft. Handelsverträge schließt man doch ab, um den Verkehr zwischen zwei Staaten zu erweitern; der Antrag aber verfolgt den entgegengesetzten Zweck; er will den Verkehr erschweren. Betrachten wir die Dinge, wie sie liegen, so meine ich, würden ohne diese Verträge weite Kreise des Erwerblebens dringend verlangen, daß sie abgeschlossen werden. Wären sie nicht geschlossen, so würde unsere Ausfuhr großen Schaden erleiden und die Klagen über die Absperrungsmaßregeln der anderen Staaten würden nicht aufhören. Daß wir eine Stabilität in den Auslandszöllen erreicht haben, ist ein Vortheil der Handelsverträge, der auf allen Seiten anerkannt werden müßte. Der Vorredner und der Antragsteller haben sich den Nachweis der Ausführlichkeit des Antrages sehr leicht gemacht und gesagt, die Regierungen sollen ihn prüfen, es werde sich schon etwas Brauchbares herausschälen lassen. Ich fürchte, daß der Antrag prinzipiell undurchführbar ist. Es ist auch nicht ganz klar, wie sich Graf Kanitz die Sache denkt. Was der Antrag will, ist lediglich eine Zollerhöhung mit gleitender Skala, mit der Maßgabe, daß täglich der Preis festgesetzt wird. Daß dabei ein reelles Geschäft möglich wäre, glaube ich nicht. Das Reich würde auch damit die ganze Verantwortung für die gesammte Getreideversorgung Deutschlands übernehmen. Eine noch weit schwerere Verantwortlichkeit liegt aber darin, daß das Getreide auch den Preis erreicht, den der Antrag Kanitz bezweckt. Der geringste Irrthum des Reichsgetreideamts, etwa die Einfuhr von 50,000 To. zuviel, würde alle Berechnungen umstürzen. Ich bin der Ansicht, je größer die Nothlage der Landwirthschaft und je intensiver die Erregung ist, desto mehr müssen wir uns davor hüten, Hoffnungen und Erwartungen zu wecken, von denen wir nicht wissen, ob sie zu erfüllen sind.

Abg. **v. Vollmar** (Soz.): Es wäre falsch zu glauben, daß hinter dem Antrage gar keine Agitation stände, und daß alles aufs beste bestellt sei, nachdem der Staatsrath den Antrag abgelehnt hat. Es handelt sich nicht etwa um die Mache einiger wenziger Schwätzer. Vielmehr herrscht in der That in der Landwirthschaft ein Nothstand. Die Produktionskosten sind gestiegen, desgleichen die Verschuldung, und gleichen Schritt damit halten die Steuer- und Militärlasten. Weit über die Grenzen der eigentlichen Agrarier hinaus greift der Nothstand. Daß nun die Antragsteller Staatshilfe vorschlagen, ist in Deutschland nichts neues. Wir sind an Staatshilfe für alle Kapitalisten, namentlich für die ländlichen Unternehmer, durch Liebesgaben usw. längst gewöhnt. Als wir bei der Einführung der Zölle hervorhoben, daß dieselben die ländlichen Arbeiter belasten, wurde das lebhaft bestritten; jetzt hat dies Herr v. Cetto im Landwirthschaftsrath ausdrücklich bestätigt. Die Vertheuerung der Lebensmittel bezahlt nicht das Ausland, sondern die Aermsten unseres eigenen Volkes. Der Effekt der Zölle war lediglich der, daß die Ersten, die damals Güter besaßen, unter Kapitalisirung der Werthsteigerung dieselben verkauften, ihnen also ein Geschenk aus den Taschen des Volkes zufloß, während die allgemeine Lage der Landwirthschaft dieselbe blieb. Jetzt verlangen Sie nicht nur den höchsten bisherigen Zoll von 5 Mk., sondern — freilich in anderer Form — einen solchen von 10 Mk., woraus sich ergiebt, daß uns diese ganze Agitation selbst dann nicht erspart geblieben wäre, wenn die Zölle nicht ermäßigt wären. Sie verlangen eben weiter nichts als eine rapide erhebliche Preissteigerung des Getreides. Jetzt schon ist der Brotkonsum seit 1879 herabgedrückt, namentlich wenn man ihn mit dem englischen vergleicht. (Widerspruch rechts.)

Welche Wirkungen die jetzt erstrebte Vertheuerung haben würde, brauche ich nicht auszuführen, ein Mund, der Ihnen sehr bedeutungsvoll ist, hat ja von Brotwucher gesprochen. Das deutsche Volk ist jetzt schon genügend mit Steuern belastet und hat kein Bedürfniß nach mehr. Aber der Staat würde von dem neuen Millionenegen nur 1/10 bis 1/9 erhalten, der Rest würde den zufallen, was Sie Landwirthschaft zu nennen belieben. Sie wollen zwar glauben machen, daß dazu auch die Bauern gehören. Sie erklären sich sogar für solidarisch mit den Bauern, und ein Mitglied des Bundes der Landwirthe, Herr Oberamtmann Oldenburg in Marburg, hat verlangt, alle, die das leugneten, müßten aufgehängt werden. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat gestern berechnet, daß nur ein kleiner Bruchtheil der Landwirthe von dem Antrage Vortheil hätten. Er hat aber noch viel zu günstig für Sie gerechnet. Also mit dem Eintreten für den Bauer ist es nichts. Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß dem deutschen Bauernstande im allgemeinen nichts schlimmeres geschehen kann als daß der Antrag angenommen würde. Dann würde der Konkurrenzkampf verschärft, und sie verfielen dem kapitalistischen Großbetrieb. Denn die Großgrundbesitzer sind nicht Landwirthe, wie die Bauern, nicht Landarbeiter, sondern agrarische Kapitalisten. Wir wollen die Bauern gegen die Raubsucht der Kapitalisten, ob städtischer, ob ländlicher, schützen, ihre Lage bessern und ihnen den Absturz in das Proletariat ersparen. Die ländlichen Arbeiter, namentlich im Osten, sind in Wahrheit die Parias des Staats. (Widerspruch rechts.) Für diese werden wir in erster Reihe eintreten. Auf der andern Seite würde der Antrag zu einer neuen riesengroßen Börsenspekulation führen. Es ist Ihr unheilvoller Einfluß stets dabei, wo es gilt, das persönliche Regiment zu stärken. Sie sind doch mit Jubel dabei, wo es gilt, den Caesarismus aufzurichten. (Widerspruch.) Hat doch Herr v. Minbach direkt zur Revolution von oben, zur Aufhebung des Wahlrechts, der Grundlage unseres Reiches, aufgefordert, und zwar merkwürdigerweise, ohne daß einer der anwesenden Minister dagegen auftrat. (Zustimmung links.) Ja, Sie haben sich nicht davor gescheut, zu sagen, Sie würden über die Sozialdemokraten gehen ohne die Annahme des Antrages Kanitz. So arbeiten Sie immer nach Ihrem persönlichen Interesse. Die „Kreuzzeitung" hat ja auch den sozialistischen Staat für besser erklärt als den jetzigen „jüdisch-plutokratischen" und hat es für besser erklärt, in den sozialistischen Staat hineinzuwachsen als gewaltsam hinüberzuspringen. Was die angeblich sozialistische Tendenz des Antrages angeht, so verhält es sich damit so, wie ein geistreicher Franzose einmal sagte: le socialisme, c'est l'argent des autres. Weshalb wollen Sie das Getreide sozialistisch denken, nicht auch für den Wein, das Holz usw.? Und wenn Sie ein Monopol einführen wollen, weshalb nur für das ausländische Getreide? Es ist unmöglich, neben dem Monopol für das ausländische Getreide den inländischen Getreidebau so wie er ist bestehen zu lassen. Vielmehr strebt das, was Sie schaffen wollen, dem wirklichen sozialistischen Staate zu. Bedenken Sie nun, welchen Widerstand Sie bei allen Konsumenten und Produzenten hervorrufen werden, die Sie in ihrer Lebenshaltung zerstören. Was ferner für die Landwirthschaft gilt, gilt für alle anderen Berufsstände, und dieselben werden es nicht daran fehlen lassen, ihre Ansprüche geltend zu machen. So kämpft seit Jahrzehnten die Handweberei einen grausamen Todeskampf. Die Garantie der Minimalrente muß dann zur Garantie des Minimallohnes führen, und die Handarbeiter haben gewiß einen Anspruch darauf, gehört und berücksichtigt zu werden. Wenn man überhaupt eine Minimalrente garantiren will, so ist der Arbeiter der erste zu. Die Herren nehmen ganz gern soziale Maßregeln auf, aber nicht wie wir im allgemeinen Interesse, sondern nur für sich. Ich finde es als eine Ironie der Geschichte, daß gerade die lautesten Kämpfer für Thron und Altar, die gegen die Umstürzler ein besonderes Gesetz machen, sich als die ärgsten Umstürzler in Bezug auf den Glauben an die Unfehlbarkeit und Unantastbarkeit der kapitalistischen Weltanschauung erweisen. Wir wirklichen Sozialdemokraten können unsere Zeit abwarten und lehnen den Antrag ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Holtz** (Np.): Die Grundbesitzer sind keine Kapitalisten; das Kapital an Grund und Boden ist in anderen Händen als in den Händen der Grundbesitzer. Der ländliche Arbeiter ist durchaus kein Paria, fühlt sich auch gar nicht als solcher. Wenn sie ihn als denjenigen bezeichnen, der durch die Noth der Landwirthschaft betroffen ist, dann sind Sie auf dem Holzwege. (Heiterkeit.) Es ist ferner nicht richtig, daß der Besitzer unter 5 ha von dem Antrage Kanitz Nachtheile hat. Die absolute Ueberzeugung, daß etwas geschehen muß, hat mich dazu bewogen den Antrag zu unterzeichnen, wenn ich auch nicht glaube, daß er das einzige Mittel ist. Wenn wir diese destruktiven Preise behalten, werden in steigendem Maße die Grundbesitzer zu Grunde gehen. Für uns ist der mittlere Bauernstand der Kern der Landwirthschaft, und ihn mit zu vertreten ist die Aufgabe der Großgrundbesitzer. Wenn Herr v. Vollmar den Antrag Kanitz für weiter nichts erthat als eine Art, die Getreidezölle zu erhöhen, so ist das in der Ktrt nicht richtig. Herrn v. Marschall will ich bemerken, daß wir keine Mindestpreise beanspruchen, sondern Schutz für unsere Produktion, die auch zur nationalen Arbeit gehört. (Zustimmung rechts. Ich hatte den österreichischen Handelsvertrag für den verhängnißvollsten Schritt der neuen Wirthschaftspolitik Durch Mißerfolge lassen wir uns nicht abschrecken, wir werden nicht dulden daß die deutsche Landwirthschaft zu Grunde geht, und werden dagegen unsere Stimme erheben so lange es geht. Die Nothlage der Landwirthschaft ist keine vorübergehende, sondern eine dauernde, sonst würden wir die Klinke der Gesetzgebung nicht in die Hand nehmen. Der Grund und Boden verarmt und damit verarmt der ganze Staat; denn der Landwirth muß sich einschränken, sogar in den Düngemitteln, und wenn das Jahr für Jahr so fortgeht, muß die Landwirthschaft zu Grunde gehen. Die Landwirthschaft leidet auch schwer unter den hohen Eisenbahntarifen, und wir stehen schlechter da als in Rußland, wo die Eisenbahnen in erster Reihe zur Hebung der inländischen Produktion bestimmt sind. Auch die Währung begünstigt das Ausland zu unserem Nachtheil. Diesen ungünstigen Zuständen gegenüber haben wir uns durch die Handelsverträge auf 12 Jahre die Hände gebunden. In diese mißliche Lage sind wir durch staatliche Maßnahmen gekommen. Die ausgleichende Gerechtigkeit erfordert es, daß der Staat uns wieder heraushilft.

Die weiteren Ausführungen des Redners gehen bei der steigenden Unruhe im Hause verloren.

Abg. Dr. **v. Komierowski** (Pole) erklärt sich unter großem Beifall der Rechten für den Antrag Kanitz. Die Einzelheiten seiner Rede bleiben absolut unverständlich.

Darauf wird die Debatte geschlossen unter lärmenden Protestrufen der Antisemiten.

Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Ich habe gestern im Namen einiger meiner politischen Freunde erklärt: wenn sie auch nicht mit allen einzelnen Bestimmungen im Antrage einverstanden sind, so erklären sie doch ihre Zustimmung zu dem Grundgedanken desselben. (Redner wird durch großen Lärm seitens der Antisemiten unterbrochen, die fortwährend rufen: Zur Geschäftsordnung Wir verlangen das Wort zur Geschäftsordnung! Ich will das Wort zur Geschäftsordnung haben! Als Abg. Paasche endlich wieder zu Worte kommen kann, ertönen lärmende Rufe von Seiten der Antisemiten: Das ist nicht persönlich! Zur Geschäftsordnung!" — Abg. Dr. **Paasche**: Darüber wird der Herr Präsident entscheiden! Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **Paasche** (fortfahrend): Sie geben sich der Hoffnung hin, daß aus der Kommission, in welche der Antrag verwiesen werden soll, ein greifbarer Vorschlag hervorgehen wird (Lachen rechts).

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (antis.): Ich stelle fest, daß ich dadurch, daß der Präsident mich nicht gehört hat, nicht habe bekunden können, daß meine Partei durch den Schlußantrag, der eine Verletzung der uns gegebenen Zusage ist. (Widerspruch links) unnöthig gemacht worden ist (Abg. Gräfe (Antis.): Pfui!

Das Schlußwort erhält

Abg. **v. Kardorff** (Np.) Der Antrag Kanitz ist keineswegs so unausführbar, wie man es hier behauptet hat und mit den Handelsverträgen nicht unvereinbar. Wir haben hier am Bundesrathstische jetzt ganz andere Ansichten äußern gehört, als sie früher unter dem Fürsten Bismarck üblich waren. (Beifall rechts.) Damals konnte man hören, daß der Arbeiterstand, der Handwerkerstand, der Mittelstand und ganz Deutschland an dem Wohl der Landwirthschaft ein disparates Interesse hätten. Nur die Sozialdemokratie und die Drohnen, die nur Coupons schneiden, haben an dem Untergang der Landwirthschaft kein Interesse und auch nicht an der Landwirthschaft überhaupt. Ich bin nur mit Zögern an den Antrag Kanitz herangegangen, habe mich aber bald überzeugt, daß er augenblicklich das einzige Mittel zu einer durchgreifenden Hilfe für die Landwirthschaft ist. Wenn ein so großer und wichtiger Theil der Bevölkerung unter dem landwirthschaftlichen Nothstand leidet, so ist es Pflicht der Regierung, an eine Revision der Handelsverträge, wenn dieselben dem Antrag Kanitz wirklich entgegenstehen sollten, zu denken. Das widerspricht keineswegs der Würde des Reichs. Hoffentlich wird aus der Kommission etwas Gutes hervorgehen. Der jetzige Zustand kann nicht so bleiben, da durch denselben Millionen deutscher Herzen verbittert werden.

Darauf wird der Antrag Kanitz an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Für diese Kommissionsverweisung stimmt die gesammte Rechte, das ganze Centrum nebst den Polen und ein Theil der Nationalliberalen. Das Resultat der Abtheilung wird von der rechten Seite des Hauses mit Beifall begrüßt.

Präsident Frhr. **v. Buol**: Die nächste Sitzung schlage ich vor abzuhalten am Dienstag 23. April 2 Uhr mit der Tagesordnung: 2. Berathung der Zolltarifnovelle Ich wünsche den Herren angenehme Ferien, daß sie sich gut erholen und gesund und mit gestärkten Kräften zu neuen parlamentarischen Arbeiten wiederkehren. Das Haus erhebt gegen die Tagesordnung keinen Widerspruch. Also ist sie angenommen.

Schluß 5¼ Uhr.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 30. März, 11 Uhr.

Das Reliktengesetz für die evangelische Pfarrgeistlichkeit in den alten Provinzen wird in dritter Lesung genehmigt, desgleichen in zweiter Lesung das Gesetz, betr. die Berliner Stadtsynode (Verleihung der Rechte einer juristischen Person).

Es folgt die zweite Berathung des Gerichtskostengesetzes.

§ 31 bestimmt u. a., daß wenn eine stempelpflichtige Urkunde innerhalb der für die Stempelung vorgeschriebenen Frist dem Gerichte vorgelegt wird, dann eine Stempelstrafe nicht erfolgt. Die Stempelerlegungspflicht der Notare soll dadurch nicht berührt werden. Der Paragraph wird nach kurzer Debatte in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 33, welcher die Erniedrigung bezw. Erhöhung der Stempelgebühren für niedrigere bezw. höhere Objekte enthält, wird angenommen.

§ 42 bestimmt, daß für die Anerkennung oder Beglaubigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950401026/fragment/page=0001

von Unterschriften und Handzeichen 5/10 der vollen Gebühr erhoben werden.

Abg. **Willebrand** (Centr.) befürwortet seinen Antrag (Willebrand-Gorke), statt 5/10 5/10 zu setzen.

Der Antrag Gorke-Willebrand wird angenommen.

§ 45, der den Fideikommißstempel vom Zweifachen auf das Dreifache der vollen Gebühr erhöhen will, wird angenommen.

Zu § 48, der die Stempelgebühren für Verloosungen, Auslooosungen oder Vernichtung von Werthpapieren regelt, beantragt

Abg. **Oswalt** (nl.) in längerer Ausführung seinen Antrag, die Gebühr in keinem Falle auf über 300 M. festzusetzen.

Justizminister **Schönstedt** vermag keinen Anlaß einzusehen, dem Antrage zu widerstreben.

Der § 48 wird mit dem Zusatz Oswalt angenommen. Gegen den Antrag Oswalt stimmt nur die konservative Fraction.

Den § 56, der die Gebühren für Hypotheken- und Grundbuchsachen regelt, beantragt

Abg. Dr. **v. Gunn** (nl.) an die Kommission zurückzuverweisen.

Minister **Schönstedt** bittet zur Vermeidung von Verzögerungen um Ablehnung dieses Antrages.

Abg. **Knebel** (nl.) schließt sich dem Antrage v. Gunn an.

Finanzminister Dr. **Miquel** theilt ganz die Auffassung des Justizministers. Die Zurückverweisung an die Kommission werde vielleicht das Zustandekommen des Gesetzes für diese Session in Frage stellen. Auch sachlich sei an der Kommissionsfassung nichts auszusetzen, denn man könne doch nicht für jede einzelne Provinz ein eigenes Deklarationsgesetz schaffen.

Darauf wird § 56 unter Ablehnung des Antrages v. Gunn in der Kommissionsfassung angenommen.

Zu § 59, der die Gebühren für aus dem Handelsregister ertheilte Bescheinigungen festsetzt, begründet

Abg. Dr. **Oswalt** (nl.) seinen Antrag, statt einem Zehntel des Hauptgebührenbetrages 1,50 M. zu erheben.

Minister **Schönstedt** entgegnet, die gu. Kosten seien keineswegs zu hoch berechnet, auf die Höhe von 10 M. würden Gebühren bei der 1/10-Berechnung ohnedies nicht hinauskommen.

Geh.-Rath **Nietsch** bemerkt dem Antragsteller, wenn überhaupt von einem festen Gebührensatze die Rede sein solle, so müsse man diesen wenigstens auf 3 M. bemessen.

Der Antrag Oswalt wird abgelehnt, § 76 in der Kommissionsfassung angenommen; desgl. erfolgt die debattelose Annahme der §§ 77—80.

Danach vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (3. Berathung des Gesetzes, betr. die berliner Stadthynode; Fortsetzung der 2. Berathung des Gerichtskostengesetzes; weitere kleinere Vorlagen.)

Schluß 4 Uhr.

---

## Herrenhaus.

9. Sitzung vom 30. März, 11½ Uhr.

Der Gesetzentwurf, betreffend Eingemeindung der Stadt Bockenheim in den Stadtbezirk Frankfurt a. M. und die Aufhebung des Amtsgerichts zu Bockenheim wird angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Pfarrwittwen- und Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neuen Provinzen wird angenommen.

Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Nunmehr wird die Etatsberathung fortgesetzt beim Kultusetat.

Beim Kapitel „Schulaufsicht" entgegnet auf eine Beschwerde des Oberbürgermeisters Bender Kultusminister Dr. **Bosse**, es falle ihm nicht ein, in die Selbstverwaltung der Städte einzugreifen. Doch müsse er die zur Zeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung bringen, so lange er nicht ein vollständiges allgemeines Volksschulgesetz, was sein größter Wunsch sei, habe vorlegen können. Die Städte haben den Wunsch, die Aufsicht dem Staat aus der Hand zu winden. Das dürfe er nicht dulden, er würde sonst pflichtvergessen handeln. Die städtischen Schuldeputationen hätten nützlich gewirkt, und wo er ihnen entgegenkommen könne, thue er das. Aber die Schuldeputation der Stadt Breslau habe gewisse Disziplinarbefugnisse beansprucht, während nach dem Gesetz die Regierung das Disziplinarverfahren einzuleiten habe. Er habe das nicht zugeben können, während er im übrigen gern anerkenne, daß die Stadt Breslau sehr viel für ihre Schule thut. Wenn er etwas von der Schulaufsicht aufgabe, würde er dem künftigen Volksschulgesetz präjudiziren. Diesen Standpunkt habe er auch der Stadt Breslau gegenüber eingenommen.

Oberbürgermeister **Bender** meint, die Schuldeputation sei eine Säule der Selbstverwaltung, die nicht geschwächt werden dürfe. Sie müsse das Recht beanspruchen, den Lehrern einen Verweis oder eine Verwarnung zu ertheilen.

Minister Dr. **Bosse** erwidert, das geordnete Organ der staatlichen Schulaufsicht sei der Kreisschulinspektor, auch in den Städten. Davon könne er sich nichts nehmen lassen. (Beifall.)

Beim Kapitel „Höheres Mädchenschulwesen" erwidert auf Anregungen des Oberbürgermeisters Dr. **Möllmann**

Minister Dr. **Bosse**: Zu einer prinzipiellen Würdigung der Maßregeln in der Töchterschulfrage ist es eigentlich noch zu früh. Sollten sich Mißstände zeigen, so wird Abänderung erfolgen; denn die Maßregeln sind nicht um ihrer selbst willen gegeben, sondern um das Mädchenschulwesen auf einen gesunden Boden zu stellen. Die Bestimmung über die „Gehilfen" ist überlegt; denn die Lehrer der oberen Klassen brauchen in zarten und delikaten Dingen einen weiblichen Rath. Den akademisch gebildeten Lehrern geschieht kein Abbruch, wenn die seminaristisch gebildeten bei erwiesener Tüchtigkeit die Amtsbezeichnung „Oberlehrer" erhalten. Sobald die Töchterschulen dem Provinzialschulkollegium unterstellt, d. h. als höhere Schulen anerkannt werden, fallen sie unter den Normaletat. Ferner müßte dann bei jedem Provinzialkollegium ein neuer Rath angestellt werden. Das ist bei der jetzigen Finanzlage nicht angängig. Doch habe ich die Oberpräsidenten aufgefordert, zu erwägen, wie die Töchterschulen dem Provinzialschulkollegium unterstellt werden können, ohne daß neue Rathsstellen geschaffen werden müssen.

Oberbürgermeister **Struckmann** verlangt einen zehnklassigen Kursus für Töchterschulen. Die Klagen über Ueberbürdung seien vielfach übertrieben.

Minister **Bosse** erklärt, die oberste Klasse der zehnklassigen Töchterschule sei vielfach als Seminarklasse gemißbraucht worden. Außerdem hätten sehr viele Schülerinnen die Schule nicht ganz durchgemacht. Deshalb sei eine neunklassige Schule eingerichtet.

Beim Kapitel „Elementarschulwesen" führt

Frhr. **v. Malzahn-Gültz** aus: Die Volksschule war der Gegenstand unseres Stolzes und der staatlichen Fürsorge. Es ist viel geschehen für das Seminarwesen. Das Herrenhaus hat nicht an letzter Stelle für Gehaltsaufbesserung der Lehrer gesorgt und ist heute noch zur Bewilligung alles Nothwendigen bereit. — Redner führt die einzelnen Gesetze an, die zur Besserung der finanziellen Lage der Lehrer beitrugen. Es giebt trotzdem eine große Schar von Lehrern, die niemals zufrieden sind. Zur Entschuldigung muß man sagen, daß die Lehrer eigentlich verrückt gemacht sind. Die Lehrbubrieen werden die Lehrer. Man kommt die Wichtigkeit, die „leider" der Schullehrer hat und haben muß, je weniger ihn die kommunalen Beamten auf dem Lande entlehren können. — Redner verliest Stellen aus der „Preußischen Lehrerzeitung," der „Pädagogischen Zeitung" 2c. Die modernen Lehrer können in Genügsamkeit, Königstreue und Vaterlandsliebe mit den alten nicht wetteifern. Noch schlimmer als Unglaube und Halbglaube ist die Egiby'sche Konfusion von Glauben und allem Möglichen. Ich überlasse die Aufrechthaltung der Schuldisciplin dem Herrn Minister.

Oberbürgermeister **Struckmann**: Es mag ja sein, daß die Lehrer in ihren Forderungen manchmal zu weit gehen, aber die Unzufriedenheit ist ein Zeichen der Zeit, und mancher Lehrer wird denken, wenn in der Rede des Frhrn. v. Malzahn statt „Lehrer" „Landwirth" gesagt wäre, paßte es auch. (Widerspruch.) Es ist doch von Landwirthen das Wort ausgegangen, daß die Bauern Sozialdemokraten werden würden. (Unruhe.) Da soll man nicht zu scharf richten. Wenn die Unzufriedenheit so von Tag zu Tag geschürt wird, ist es nicht wunderbar, wenn auch die Lehrer angesteckt werden. Wenn die Lehrer nicht mit Energie ihre Forderungen vertreten und sich nicht in den Lehrervereinen zusammengeschlossen hätten, wäre nicht erreicht, was gescheben ist. Für die Lehrer ist die Pensionsordnung zuletzt von allen Beamten eingeführt, für ihre Wittwen und Waisen ist später gesorgt als für alle anderen Beamten. Es ist noch nicht so lange her, daß die Lehrergehälter in der That sehr schlecht waren. Mir hat ein Schulrath gesagt, er habe seine wahre Freude über den gemeinnützigen und edlen Geist, der in den Lehrern steckt. Es ist nicht gut, die Lehrerschaft im Allgemeinen hier anzugreifen.

Minister **Bosse**: Aus der Rede des Frhrn. v. Malzahn habe ich keine generelle Klage herausgehört, ich bin ihm im Gegentheil dankbar, daß er seine Klage auf eine Minorität von Lehrern beschränkt hat. Ich selbst habe Anlaß gehabt, Lehrern, die in dieser Weise maßlose und rücksichtslose Ansprüche geltend gemacht haben, vorzuhalten, daß sie durch nichts die Interessen der Lehrerschaft mehr schädigen und durch nichts meine Bestrebungen mehr hindern. Aus Lehrerkreisen habe ich auch zahllose zustimmende Zuschriften erhalten für das, was geschehen ist. Es giebt aber noch immer 400 Stellen für unverheirathete Lehrer mit 540 M. Gehalt. Damit auszukommen, ist außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich. Deshalb bestrebe ich mich, diese Stellen auf 650 M. zu erhöhen, und hierin wird mich wohl auch Frhr. v. Malzahn unterstützen. Wir bemühen uns, die Lehrer zu guten Menschen, guten Christen und einfachen Menschen zu erziehen. (Beifall.)

Bei der Fortsetzung der am Freitag abgebrochenen Berathung des Landwirthschaftlichen Etats begründet

Graf **v. d. Schulenburg-Beetzendorf** seine gestern mitgetheilte Resolution, die die Regierung auffordert, baldigst die sogenannten kleinen Mittel zur Linderung der landwirthschaftlichen Nothlage zu ergreifen.

Landwirthschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein** holt zur Erwiderung der gestrigen Rede des Grafen Klinckowström nach: Graf Kanitz hat anerkannt, daß selbst mit Schutzzöllen allein der Landwirthschaft nicht mehr zu helfen ist. Ich erkenne es als berechtigt an, daß sich in der Noth, in der sich die Landwirthschaft befand, eine spontane Interessenvertretung bildete, aber an diese hat sich eine Agitation geknüpft, die für eine ruhige Entwickelung der Frage in hohem Grade bedenklich ist. Ich hoffe, daß, nachdem durch die Landwirthschaftskammern eine legale Interessenvertretung geschaffen ist, diese die Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen in die Hand nehmen werden. Sollte bei russischen Gänsen die Gefahr einer Seucheneinschleppung, die heute noch bestritten wird, sich herausstellen, so wird Abhilfe geschaffen werden.

Graf **Frankenberg**: Ich warne, den vollzogenen Bruch mit der Regierung noch weiter zu treiben. Es wäre bei der gegenwärtigen politisch sehr bedenklichen Lage sehr gewagt und nicht im Interesse des Vaterlandes. Die Gründe, die in der Denkschrift des Staatssekrets gegen den Antrag Kanitz angegeben sind, werden kaum widerlegt werden können. Auch Graf Klinckowström ist über den Antrag ziemlich leicht hinweggegangen. Analogien hat der Antrag in Maßnahmen des französischen Nationalconvents und was sich da herausgestellt hat, ist so furchtbar, daß es zum Nachdenken auffordert. Ich richte an die Herren die dringende Bitte, überlegen Sie sich die Sache recht ernstlich, ob Sie sich in Gegensatz zur Staatsregierung und zu einem so wohlwollenden Minister stellen wollen. Wie lange ist denn die Regierung am Ruder? Sie kann noch nicht bereits alles durchgeführt haben, was vorgeschlagen ist. Wir bringen der Regierung das vollste Vertrauen entgegen, daß sie ausführt, was sie gestern angesagt hat.

Graf Mirbach hat in seiner Rede auf Alexander den Großen, der den gordischen Knoten mit dem Schwert durchhieb, hingewiesen. Soweit sind wir doch noch nicht gelangt! Wir leben in diesem Jahr das 25. Jubiläum der Entstehung des Deutschen Reichs. Ich hoffe, daß sich dann der Patriotismus in den patriotischen Herzen so anfachen lassen wird, daß wir einen wahrhaft deutschen Reichstag bekommen. — Ich bin Agrarier von Kopf bis zu Fuß. Lassen sie uns zusammen arbeiten. Der Antrag Kanitz ist unterjucht, für unganghar befunden, ist gerichtet. Deshalb lassen Sie den Antrag Kanitz fallen und nehmen Sie die kleinen Mittel in einem Bündel zusammen. (Beifall.)

Graf **Mirbach** (dt.): Mit mehrer Anspielung auf Alexander den Großen wollte ich nur sagen, daß eine Lösung schnell zu Stande gebracht werden muß. Das Schwert brauchen wir vorläufig noch nicht, aber wir dürfen mit Abwehrmaßregeln nicht zu lange warten. Auf die Dauer läßt sich das allgemeine Wahlrecht nicht aufrecht erhalten. Auf diesem Gebiet kann ein „Zu spät" bedenkliche Folgen haben. Das wäre gleichbedeutend mit der Zertrümmerung des deutschen Reiches. Wir stehen vor der Frage, ob die Landwirthschaft zu Grunde gehen soll oder nicht. Wenn man sich vor Komplikationen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik fürchtet, die zu einer Niederlage führen können, so bekommen wir diese Niederlage ganz sicher, wenn der gegenwärtige Zustand in der Landwirthschaft bleibt. Man hat von Agitation für den Antrag Kanitz gesprochen. Wenn die Preise noch mehr sinken oder auch nur auf derselben Höhe bleiben, so haben wir den Antrag Kanitz in Jahresfrist, auch ohne Zuthun der konservativen Partei. Die Landstände werden ihn fordern. Außerdem muß beim allgemeinen Wahlrecht jede Partei ein gewisses Maß von Agitation treiben. Bei der Angelegenheit des Antrags Kanitz ist die Regierung nicht sehr geschickt vorgegangen. Nur noch einen Weg giebt es, wenn der Finanzminister dem Grafen Kanitz seine besten Steuerbeamten zur Verfügung stellte, die mit ihm prüften, ob das Ding auf steuertechnischem Gebiet ausführbar sei, andererseits müßten vom auswärtigen Amt Männer abgesandt werden, die die Vereinbarkeit des Antrags mit den Handelsverträgen zu prüfen haben. Zum Minister habe ich das Vertrauen, daß er, so weit es in seiner Macht steht, der Landwirthschaft helfen wird, ich glaube, er hat durch seine Form der Ablehnung nur zum Ausdruck bringen wollen: ultra posse nemo obligatur. An einer Stelle ist ein Capriviredivivus wiedergekehrt. Mit dem „reinen Konsumenten" ist Fürst Hohenlohe in die größte Nähe der freisinnigen Partei gelangt. Ich bedaure schmerzlich das harte Wort des Frhrn. v. Marschall, wir haben weder Fühlung mit den Vertragsstaaten genommen, noch haben wir die Absicht dazu. Das ist eine runde Ablehnung optima forma. Den Kampf müssen wir weiter führen, wenn auch in loyaler Form, wie ich das heute gethan habe.

v. **Buttmann-Dollwen** führt aus, der Antrag Kanitz sei der erste Schritt zur Verstaatlichung der Landwirthschaft. Diesen Weg könne er nicht gehen. Der Antrag sei nicht ausführbar, da der Staat der ungeeignetste Getreidehändler sei. Wenn der Kampf fortgeführt werden sollte, so solle man ihn möglichst ruhig und entgegenkommend ausführen. (Beifall.)

Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte erledigt. Der Etat im Ganzen und das Statsgesetz werden angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Sekundärbahnvorlage.)

(Schluß 4½ Uhr.)

---

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vormals Schuckert & Co, Nürnberg. Ueber das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr erfährt die „Erkl. Zeitg" dass die Ergebnisse eine weitere Besserung aufweisen. Eine bestimmte Dividenden-Schätzung lässt sich noch nicht geben, weil vorerst nicht übersehen werden kann, welche fertiggestellten Arbeiten noch zur Verrechnung komen werden. Jedenfalls wird die Dividende höher als im Vorjahre (9 Proz.) Man kann auf eine Mindestdividende von 10 Proz. rechnen.

‖ — Die Chemische Fabrik A. Leonhardt & Co. in Mühlheim a. M. wird in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Farbwerk Mühlheim mit 1½ Millionen Kapital umgewandelt,

— Die Norddeutsche Grundkreditbank macht bekannt, dass die sämmtlichen bisher noch nicht verloosten 4proz. Pfandbriefe des Instituts Serie 1 und 2 in einer am 27. und 28. März vorgenommenen ausserordentlichen Verloosung zur Rückzahlung zum 1. Juli d. J. ausgeloost worden sind, doch wird den Inhabern der Umtausch in 3½prozentige bis 1904 unkündbare Pfandbriefe Serie 7 angeboten.

— In der Hauptversammlung der Reussischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin wurde, wie schon mitgetheilt, die vorgelegte Bilanz, die einen Reingewinn von 320,043,43 aufweist, genehmigt und dem Vorschlage des Aufsichtsrathes gemäss beschlossen für 1894 eine Aktionär-Dividende von 14 Proz. der Einzahlung, d. h. 42 M. pro Aktie zu vertheilen und 16,687.55 M. vorzutragen. Die Vorschläge der Verwaltung wegen einiger Statut-Aenderungen fanden einstimmig Annahme. Die Dividende wird sofort ausgezahlt.

— Dividenden. Werra-Eisenbahn. Die Direktion theilt nunmehr mit, dass die Dividende für 1894 mit 2½ Proz. gleich 6½ M. pro Aktie (1893 1½ Proz.) in Vorschlag gebracht werden wird. — Der Aufsichtsrath der Chemischen Fabrik Ascania zu Leopoldshall erklärt wieder 8% Dividende. — Die Rotterdamer Bank vertheilt 6½ Proz. Divide nde (7 Proz. im Vorjahre.) — Der Aufsichtsrath der Eisengiesserei-Gesellschaft vormals Keyling & Thomas in Berlin schlägt eine Dividende von 4 Proz. (i. V. 5 Proz.) vor, nachdem 126,152 M. (124,264 M.) zu Abschreibungen verwandt werden. — Der Zörbiger Bankverein von Schröter, Körner & Co. vertheilt 7 Proz. Dividende. — Der Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbauverein gewährt eine Dividende von 30.3 Proz. gegen 39.4 Proz. im Vorjahre. — Bei der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft beziffert sich der Ueberschuss auf 693,967 05 M., wovon nach Dotirung des Reservefonds und Zahlung der Tantièmen 455,417 76 M. den mit Gewinnantheil Versicherten, ferner 43,418.02 M. dem Sparfonds überwiesen und 100,00) M. oder 25 Proz. die Aktie = 8½ Proz. als Dividende an die Aktionäre vertheilt werden. — Berliner Werkzeugmaschinen-Fabrik vormals L. Sentker. Die Dividende wird sich voraussichtlich wieder etwas höher als im Vorjahre stellen. Im Vorjahre betrug dieselbe 6 Proz. und, nachdem jahrelang zuvor regelmässig 10 Proz. Dividende vertheilt werden konnte. Auch die Aussichten für das neue Jahr sind günstig. — Bei der Berlin-Charlottenburger Strassenbahn beschloss sich die Abschreibungen auf 130,679 M. (Vorjahr 85,243 M.) Der Ueberschuss von 4221 M. soll vorgetragen werden. Eine Dividende gelangt, wie seit 3 Jahren, nicht zur Ausschüttung. — Die Verwaltung der Aktiengesellschaft für Schriftgisserei Huck in Offenbach a. M. schlägt folgende Gewinnverteilung vor: Abschreibungen 67,2.4 M. (i. V. 49,838 M.), 9 Proz. (wie 1893) Dividende 90,000 M. Rückage 7824 M. (7637), Sonderrücklage 30,000 M. (30,000 M. und 20,518 M für Deleredere). — Die Hauptversammlung der Westsizilischen Eisenbahn setzte die Dividende für 1894 auf 16 Lire fest.

Buenos Ayres, 29. März. [Telegr.] Goldagio 248½.

Rio de Janeiro, 29 März [Telegr.] Wechsel auf London 9⅞.

## Waaren- und Produktenberichte.

### Getreide.

Hamburg, 30. März. (Original-Bericht von Otto Friedeberg. [Nachdruck verboten.] Das Lager von Braugerste ist hier erheblich zusammengeschmolzen; was verkauft worden ist, hat allerdings nur mässige Preise erzielt, immerhin ist eine kleine Besserung im Begenr und dementsprechend auch in den erzielten Notirungen nicht zu verkennen. Das Wenige, was bislang auf hier angeladen, begegnet erhöhtem Interesse, nachdem die Auswahl am Platze selbst beschränkter geworden ist. Ich notire beste Qualitäten Mährischer und Böhmischer Provenienz 155—162 M., doch finden diese Sorten eigentlich weniger Beachtung, als gute Mittelgersten, wie sie von den hiesigen Brauereien und Mälzereien am meisten verwendet werden. Diese erzielen 142 bis 152 M. je nach Stärke des Korns und noch mehr, je nach Farbe. Leichte Sorten sind 5—10 M. niedriger erhältlich; beregnete Saalegersten schon zu 110—120 M. am Markt, diese zeigen aber alsdann reichlich Auswuchs. Beste Saalegersten nur spärlich angeboten, desto mehr Mittelsorten um 140—160 M. Das Anbieten auf Abladung ist ziemlich stark, jedoch weniger beachtet, angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit wenden sich unsere Abnehmer mit Vorliebe den Loco und den nach hier unterwegs befindlichen Partien zu.

* Nordhausen, 30. März. Weizen 11,50—12,35 M., Roggen 11,50—12,00 M., Gerste 9,00—13,00 M., Hafer 10,00—10,50 M.

* Hamburg, 30 März. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 136—140. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 130—132, russischer loco fest, loco neuer 80—82 Hafer fest. Gerste fest.

* Stettin, 30. März. Weizen loco behauptet, neuer 130 140, per April-Mai 140,50, per Mai-Juni 141.50. Roggen loco behauptet, 118—122, per April-Mai 121.30, per Mai-Juni 122,50. Pomm. Hafer loco 102—112.

* Wien, 30 März. Weizen per Frühj. 7,06 Gd., 7,08 Br., per Mai-Juni 7,01 Gd., 7,06 Br. Roggen per Frühj. 6,18 Gd., 6,20 Br., per Mai-Juni 6.17 Gd., 6,19 Br. Hafer per Frühj. 6,75 Gd., 6,77 Br., per Mai-Juni 6,74 Gd., 6,76 Br.

* Pest, 30. März. Weizen matt, per Frühj. 6,95 Gd., 6,96 Br., per Mai-Juni 6,88 Gd., 6,90 Br., per Herbst 7,11 Gd., 7,12 Br. Roggen per Frühj. 5,92 Gd., 5,93 Br. Hafer per Frühj. 6,46 Gd., 6,48 Br., per Herbst 6,10 Gd., 6,12 Br.

* Amsterdam, 30 März. Weizen auf Termine fest, per März —, per Mai 144, per Nov. 149. Roggen loco auf Termine fest, per März —, per Mai 103. per Okt. 106

* Antwerpen, 30 März. Weizen behauptet. Roggen behauptet. Hafer flau. Gerste ruhig.

* New York, 30. März. (Telegr.) (Anfangsbericht.) Weizen per Mai 61.

### Zucker.

* Hamburg, 30. März. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per März 9,30, per Mai 9,45, per Aug. 9,70, per 9,80. Ruhig.

* Paris, 30. März. (Schluss-bericht.) Rohzucker, ruhig, 88% loco 26,00—26,25. Weisser Zucker behauptet, Nr 3. per 100 kg., per März 27,12½, per April 27,12½, per Mai-Aug. 27,50, Okt.-Jan. 27,75.

* London, 30. März. 96% Javazucker loco 11⅜ stetig, Rüben-Rohzucker loco 9⅛ stetig.

### Kaffee.

* Hamburg, 30. März. Kaffee fest, Umsatz 2500 Sack.

* Hamburg, 30. März. (Bericht der Hamb. Firma Joswich u Comp.) Kaffee good average Santos per März —, per Mai 77½, per Sept. 77, per Dez. 74½, Schleppend.

* Hamburg, 30. März. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März —, per Mai 77½, per Sept. 76½, per Dez 74½. Kaum behauptet.

* Havre, 30. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Frima Peimann, Ziegler u. Com.) Kaffee good average Santos per Mai 94 50, per Sept 95,50, per D z. 94,00. Ruhig.

* Amsterdam, 30. März. Java-Kaffee good ordinary 53½.

### Spiritus.

* Stettin, 30. März. Spiritus loco behauptet, mit 70 M. Konsumsteuer 32,60.

* Posen, 30. März. Spiritus loco ohne Fass (50er) 50.40. do. loco ohne Fass (70er) 30,90. Matt

* Hamburg, 30. März. Spiritus still, per April 18¾, Br. per Mai 18¾, Br., per Juni 18¾ Br, per Juli 19⅛ Br.

* Breslau, 30 März. Spiritus per 100 l. 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 50,70, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Febr. 31,20 do. do.

* Paris, 30. März. (Schlussbericht) Spiritus ruhig, per März 30,00, per April 30,25, per Mai-August 31,00. per Sept.-Dez. 32,00.

### Viehmärkte.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 30. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 3952 Rinder, 6444 Schweine (387 Bakonier), 1233 Kälber, 11,912 Hammel. Das Rindergeschäft wickelte sich wieder langsam ab, weil die hiesigen Schlächter fast noch missgestimmter waren als vor 8 Tagen, ca. 2000 Stück gehörten der I. und II. Klasse an. Der Markt wo. ziemlich geräumt. I. 52—60, II. 53 56, III. 45—49, VI. 40—43 M. für 100 Pfd. Fleischgewicht — Der Schweinemarkt verlief sehr schleppend und gedrückt und hinterlässt Ueberstand. I. 45 bis 46, II. 43—44, III. 39—42 M. für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara. Bakonier 45—46 M. für 100 Pfund mit 25 Pfd. Tara aufs Stück. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam. I. 55—58, ausgesuchte Waare darüber; II. 49—54, III. 44 48 Pfg. für 1 Pfund Fleischgewicht. Der Hammelmarkt zeigte schleppenden Verlauf, wird auch nicht ganz geräumt. I. 44—48, Lämmer bis 51, II. 40—42 Pfg. für 1 Pfund Fleischgewicht.

### Futterartikel.

* Hamburg, 30. März. Oelkuchen fest, Rapskuchen 90—100 M., Leinkuchen 105—110 M., Palmkuchen, deutsche 75—80 M., Cocosnusskuchen 90—115 M., Cocosnusskuchen deutsche 110—120 M., Erdnusskuchen 95—1.0 M., Baumwollsaatkuchen 95—100 M., Palmkernschrot 70—75 M., die 1000 kg. Rübsl fest, rohes die 100 kg. loco verzollt, 44,50 M. Br Leinöl still, engl. unverzollt 40,50 M. Br.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18950401026/fragment/page=0002